

Heraeus baut in Hanau

Unternehmen investiert mehrere Millionen Euro

lu. HANAU. Die Firma Heraeus will mit dem Ausbau und der Modernisierung seines Stammsitzes in der Hanauer Innenstadt beginnen. Wie das Unternehmen gestern mitteilte, hat man sich die Investition eines „hohen zweistelligen Millionenbetrags“ in den nächsten vier Jahren vorgenommen. Verwaltung, Entwicklung, Produktion und Logistik des Edelmetall- und Technologiekonzers auf dem Werkgelände an der Heraeusstraße sollen neu strukturiert werden. Außerdem ist die Errichtung eines neuen Forschungs- und Entwicklungszentrums geplant.

Produktion und Logistik sollen räumlich zusammengelegt werden. Davon verspricht sich Heraeus eine Verbesserung der internen Abläufe. Laut Jan Rinnert, Vorsitzender der Heraeus Holding Geschäftsführung, soll die Unternehmenszentrale in Hanau bleiben. Durch das Wachstum gebe es im Stammwerk eine über lange Zeit gewachsene Struktur, die nicht mehr den heutigen Effizienzansprüchen genüge.

Im Laufe der nächsten Jahre sollen die administrativen Abteilungen in der Nähe der angrenzenden Wohngebiete und dem städtischen Klinikum am Werkstor an der Heraeusstraße konzentriert werden. Produktion und Logistik werden im hinteren Teil rund um die Wilhelm-Rohn-Straße zusammengeführt. So kann Rinnert zufolge der Transportverkehr von der Stadtmitte und dem Kurt-Blum-Platz zum Verkehrsknotenpunkt an der B 8 verlagert werden, was eine Verminderung des innerstädtischen Verkehrs bedeute.

Erster Schritt des Modernisierungsprozesses ist die Neubelegung des Verwaltungsbauwerks an der Leipziger Straße. Der veräußerte ehemalige Geschäftszweig von Heraeus Kulzer, der Dentalsparte von Heraeus, wird in das ehemalige blaue und heutige weiße Haus am Kurt-Blum-Platz verlegt.

Zweiter Schritt ist der Neubau eines Logistikgebäudes an der Stelle des heutigen Parkhauses. An der Wilhelm-Rohn-Straße soll bis Anfang nächsten Jahres ein neues Parkhaus errichtet werden, so dass das Logistikgebäude auf dem Gelände des alten Parkhauses entstehen kann. Die bestehende Logistik- und Versandabteilung an der Heraeusstraße wird an die Wilhelm-Rohn-Straße verlagert, um Platz für ein Forschungs- und Entwicklungszentrum zu schaffen. Hier sollen nach den Worten von Rolf Najork, Mitglied der Geschäftsführung von Heraeus, die konzernweiten Aktivitäten gebündelt werden. Parallel dazu würden weitere Einheiten bis Ende 2017 neu geordnet. In einer anschließenden zweiten Phase plane Heraeus den Umbau des ehemaligen Stadtwerkgeländes.

Luminale beginnt morgen

balk. FRANKFURT/OFFENBACH. Die siebte Luminale wird morgen eröffnet. Das alle zwei Jahre stattfindende Festival der Lichtkunst findet seit 2002 rund um die Fachmesse „Light and Building“ statt. Die Biennale endet am 4. April. Bis dahin sind in Frankfurt und Offenbach jeden Abend von Einbruch der Dunkelheit an zahlreiche Lichtkunstwerke zu sehen. Insgesamt werden in beiden Städten rund 180 Projekte gezeigt. Dass die Veranstalter beschlossen hatten, das Festival nach Jahren der Ausdehnung diesmal auf die beiden Städte zu konzentrieren, war in der Region kritisiert worden. Vor zwei Jahren endete die Luminale mit 140 000 Besuchern. Das Programm des Festivals findet sich im Internet unter www.luminale.de.

Heute

Noch ein Bier

Seit einem Jahr gibt es in Kassel einen Trinkraum. Die Männer und Frauen, die ihn oft besuchen, können dort reden, essen und saufen. Die meisten erzählen eine traurige Geschichte. Seite 55

Zahl des Tages

Die Gesamtfläche in den hessischen Wohnungen belief sich zum Stichtag 31. 12. 2012 auf 285,8 Millionen Quadratmeter. Wie viel Platz hatte demnach ein Hesse im Durchschnitt zum Wohnen?

- A 37,3 Quadratmeter
- B 41,2 Quadratmeter
- C 47,5 Quadratmeter

Antwort auf Seite 55

Ausgewählt vom Hessischen Statistischen Landesamt

Typisches Hessen auf 30 Hektar Freigelände

NEU-ANSPACH. Das Haus aus München steht seit 1998 kurz hinter der Kasse. Als das Fachwerkgebäude voriges Jahr nach der Sanierung wiedereröffnet wurde, war es plötzlich verputzt. Alte Fotografien hatten gezeigt, dass dies dem Zustand vor etwa 100 Jahren entsprach. Der Dachreiter hingegen ist geblieben. Dem Türmchen ist seine wichtige Funktion von außen nicht anzusehen: Es verbirgt eine Mobilfunkantenne. Der heutige Museumsbesucher will auf ordentlichen Handyempfang nicht verzichten, auch wenn er sich inmitten alter Häuser ein Jahrhundert zurückversetzt fühlt. Der Hessenpark muss als Freilichtmuseum mit neuen bauhistorischen Erkenntnissen ebenso zurecht kommen wie mit den Ansprüchen des modernen Freizeitmenschen.

Der 40. Geburtstag des Museums ist deshalb ein Grund zum Feiern, aber nicht zum Zurücklehnen. An diesem Sonntag wird zum Beispiel das Sägewerk der Gebrüder Störkel aus Anspach im Zustand von 1950 wiedereröffnet. Die Maschinen sind voll funktionsfähig. Das Horizontal-sägegatter hat einst in Heringen gestanden und die Holzwollemaschine in Riedelbach. Unterdessen legen Arbeiter letzte Hand an den Spielplatz für die Baugruppe Nordhessen. Dass seine für Ende April geplante Eröffnung eine kleine Revolution für den Hessenpark darstellt, der mit seinen begehrten Gebäuden etwas von einem großen Abenteuerspielplatz hat, mag auf den ersten Blick verwundern. Aber tatsächlich hat es eine Möglichkeit für Kinder, bar jeder historischen Vermittlung einfach nur zu spielen, bisher nicht gegeben.

Dass der Hessenpark keine Zurschaustellung toter Objekte sein sollte, gehörte für den Gründungsdirektor Eugen Ernst aus Anspach schon vor der Eröffnung zum Konzept. Dem in Gießen tätigen Geographieprofessor schwebte von Anfang an eine „lebendige Anschauungsstätte“ vor, in der Kohlemeiler qualmen, Folkloregruppen auftreten und Weber, Spinner, Töpfer oder Bäcker alte Handwerkstechniken zeigen. Diese Ideen sind Wirklichkeit geworden und gehören auch heute zum Programm. Andere 1974 in der Gründungsurkunde formulierte Vorstellungen mussten korrigiert werden. Ein Markt- und sechs Weiler mit zirka 40 Gebäuden sollten innerhalb von zehn Jahren entstehen, und das Freilichtmuseum sollte damit vollendet sein.

Zwar ging es anfangs flott voran, und bis 1980 standen 20 Gebäude. Doch das Tempo ließ sich nicht halten, zumal ein Haus nicht nur gebaut, sondern auch erhalten werden muss. Wenn in diesem Jahr die „Martinsklaue“ öffnet, sind 105 Gebäude wieder aufgebaut worden. 112 lagern noch als abgedeckte Holzstapel auf dem Gelände.

Eine Ausstellung in der Stallscheune aus Aserode gibt bis zum 30. November einen Überblick über die ersten 40 Jahre des Hessenparks. Auch bemerkenswerte Sammlungsstücke sind dort zu sehen, etwa ein Kinderhochstuhl, den Hans Spemann im Werkunterricht für seinen jüngeren Bruder angefertigt hat. Da wusste Spemann noch nicht, dass er 1933 mit Hilde Mangold den Nobelpreis bekommen sollte. In der Familie weitgereicht, gelangte der Stuhl schließlich nach Jügesheim und von dort ins Freilichtmuseum.

Ein unscheinbares Holzbrett wiederum ist 1983 einem Hessenpark-Mitarbeiter bei der Aufbereitung von Altholz aufgefallen.

Autorin Lewitscharoff soll eingeladen werden

Grüne und Jusos fordern Sanktionen wegen umstrittener Äußerungen zu künstlich gezeugtem Leben

lat. BAD SODEN/DARMSTADT. In den Reihen der Kommunalpolitiker im Rhein-Main-Gebiet formiert sich Widerstand gegen die Schriftstellerin Sibylle Lewitscharoff. So forderten die Darmstädter Jungsozialisten die Autorin auf, angesichts ihrer Äußerungen zu durch künstliche Befruchtung gezeugten Menschen den ihr verliehenen Georg-Büchner-Preis zurückzugeben, den die in Darmstadt ansässige Akademie für Sprache und Dichtung vergibt.

Lewitscharoffs Worte drückten Hass und Verachtung aus, sagte der Juso-Vorsitzende Tim Huß. Sie sei nicht in der Lage,

40 Jahre und noch nicht fertig: In diesem Jahr feiert der Hessenpark bei Neu-Anspach Jubiläum. Die alten Häuser hat das Freilichtmuseum meist geschenkt bekommen, doch nicht alle wieder aufgebaut.

Von Bernhard Biener



Auffällig: Die Stelen weisen auf Ereignisse der Museumsgeschichte hin.

Foto Dieter Rühl

len. Die Türfüllung aus Westerfeld wies nicht den üblichen Segensspruch auf. Stattdessen hatte sich der „Schreinergeisel Heinrich Leidendecker von Pfaffenwischbach“ 1824 über den Bauherrn und seine Frau geäußert, denen er drei Türen fertigte. Den „zwey groben Leuten“ wünschte er auf der Rückseite der Türfüllung, sie sollten „die Schwerehoheit bekommen“.

Bestandteil der Jubiläumsausstellung sind auf dem Gelände verteilte Stelen mit Jahreszahlen, die auf markante Gebäude oder Ereignisse der Museumsgeschichte hinweisen. Zu ihnen gehört die Kirche aus Niederhörnchen. „1974“ ist als Zahl aus der Stele geschnitten. Als Biblis ans Netz ging und Deutschland die Fußball-Weltmeister-

schaft im eigenen Land gewann, legte am 19. September Ministerpräsident Albert Ossenbier beim Richtfest für die Kirche den Grundstein für den Hessenpark. Die darin versenkten Urkunde könnte heutigen Sozialdemokraten Tränen der Rührung in die Augen treiben. Sozialminister Horst Schmidt, Regierungspräsident Hartmut Wierscher, Landrat Werner Herr, der Neu-Anspacher Bürgermeister Rudolf Selzer und Ossenbier selbst: Hessen war SPD-Land.

Die Idee zum Hessenpark hatte Regierungsdirektor Erwin Schwarzer 1961 vom „Freilandmuseet“ bei Kopenhagen mitgebracht. Inspiration lieferte auch das „Pueblo Español“ bei Barcelona, das als spanisches Musterdorf zur Weltaus-

stellung 1929 errichtet worden war. Der Vorschlag eines Freilandmuseums wurde schließlich in den Landesplan „Hessen 80“ aufgenommen. Den 1968 ausgerufenen Wettbewerb um den Standort gewann Anspach, das 30 Hektar zur Verfügung stellte. Eine gewaltige Fläche, die wohl auch deshalb zu haben war, weil sie am schwierig zu bewirtschaftenden Taunus-Nordhang liegt. Knapp 20 Millionen Mark (10,2 Millionen Euro) war die Finanzausstattung für den Hessenpark, wovon zehn Prozent auf den Hochtaunuskreis entfielen. Er war zunächst auch Träger, bis 1977 das Land übernahm.

Der heutige Direktor Jens Scheller ist Geschäftsführer einer landeseigenen GmbH. Sein Budget lag voriges Jahr bei sieben Millionen Euro, von denen das Museum 2,3 Millionen Euro aus Eintrittsgeldern, Führungen oder Pacht einnahm. Neben vier Millionen Euro Zuschuss gab das Land auch 700 000 Euro für die Bauunterhaltung. Dass der Hessenpark eigentlich ein Widerspruch zu der Bewahrung historischer Gebäude an ihrem ursprünglichen Standort und damit zum Denkmalschutz ist, wurde schon bei der Gründung diskutiert. Damals fiel manches Haus einer breiteren Ortsdurchfahrt zum Opfer. „Viele Translozierungen“ – so heißt das Versetzen an einen neuen Standort – „wären heute undenkbar“, sagt Scheller. Das Museum habe nicht nach Objekten gefragt, sondern Häuser angeboten bekommen. „Professor Ernst stand dann vor der Alternative: Entweder er nimmt es, oder es verschwindet ganz.“ Das Museum war also durchaus Retter in der Not, aber nicht als Alternative zum Denkmalschutz gedacht.

Voriges Jahr gab es eine Premiere. Erstmals hat der Hessenpark ein eingelagertes Haus abgegeben. Es wird von der Jugendbauhütte Romrod in Marburg fachkundig aufgebaut. Ein solcher Schritt erfolge nur nach strengen Prüfverfahren des Internationalen Museumsverbands, sagt der Geschäftsführer. Er war bisher ebenso ein Tabu wie die Entscheidung, ein Gebäude aufzugeben und das Holz zu verwerten, zum Beispiel für Ausbesserungen. Muss ein Stapel einmal verlagert werden, schauen die Fachleute genau hin. Ist nur ein geringer Teil der Balken erhalten, die Geschichte nicht dokumentiert und handelt es sich um einen verbreiteten Typus, etwa eine einfache Scheune, könnte das Urteil durchaus einmal heißen: Museal nicht relevant. Alle Häuser wieder aufzubauen ist für den Hessenpark-Geschäftsführer ohnehin ein nicht zu erfüllender Anspruch.

Nur um wenige Bauwerke, etwa das Imkerhaus aus Mammolshain, hat sich der Hessenpark als thematische Ergänzung aktiv bemüht. Grundsätzlich nimmt das Freilichtmuseum nur Objekte an, die älter als 30 Jahre sind. Der Wert zeige sich oft erst mit einer Generation Abstand, heißt es dazu in der Jubiläumsausstellung. Dieses Kriterium würde auch ein Fertighaus aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erfüllen. Ein Gedanke, den Scheller schon hatte: „Daran ließen sich das Ideal des Eigenheims im Grünen, die Zersiedelung oder die Frage der Mobilität zeigen.“ Es müsste genauso gut dokumentiert werden wie ein Fachwerkhaus aus dem 18. Jahrhundert. Auch auf die originalgetreue Innenausstattung würde Scheller Wert legen. Das wären dann nicht Spinnrad oder Herrgottsbild. „Sondern ein Kinderzimmer mit WM-Poster von 1974 an der Wand.“

CDU: Kuz-Rettung kann teuer werden

Das bisher privat betriebene Kulturzentrum (Kuz) in Mainz soll als neue Gesellschaft im Stadtkonzern weiterentwickelt werden (F.A.Z. vom Donnerstag). Mit der von Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) vorgestellten Lösung sind die vier großen Mainzer Ratsfraktionen grundsätzlich zufrieden. Doch während die Partner im Ampelbündnis die inhaltliche, rechtliche, wirtschaftliche und organisatorische Neuausrichtung des seit 1981 bestehenden Kulturbetriebs durchweg loben, hat die CDU Bedenken hinsichtlich der Finanzierung des Projekts „Kuz 2.0“.

Es sei jahrelang versäumt worden, das unter Denkmalschutz stehende Gebäude an der Dagobertstraße an private Investoren zu veräußern, „welche ja bereitgestanden haben“. Tatsächlich wurde schon seit bald zwei Jahrzehnten über den Verkauf des Ensembles an die drei Betreiber gesprochen – zu Zeiten, als die CDU den Standort noch dominierte und im Rat die Mehrheit hinter sich wusste. Inzwischen dürften die notwendige Sanierung und vor allem die Lärmschutzvorkehrungen laut Beteiligungsdezernent Günter Beck (Die Grünen) Kosten von rund einer Million Euro verursachen. Unklar ist, ob es nicht günstiger wäre, die aus den fünfziger Jahren stammende Konzerthalle abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen.

Weil in direkter Nachbarschaft zu der bei Nachtschwärmern beliebten Feierstätte mittlerweile ein exklusives Wohngebiet entstanden ist, werden die Stadt respektive die ZBM, der das Grundstück überantwortet werden soll, wohl nicht umhinkommen, an dieser Stelle zu investieren. So beklagt die CDU, die sich für den Erhalt der Kinder- und Jugendkultureinrichtung ausspricht, dass „nun öffentliche Gelder in Millionenhöhe“ aufgebracht werden müssten, um das Kuz zukunftsfähig zu machen; ohne zu wissen, ob sich das neue Betreibermodell tatsächlich rechnen würde. SPD, Grüne und FDP sehen eher den Vorteil, dass der Stadt unter dem Motto „Kuz bleibt Kuz!“ ein „lebendiges Kultur- und Kreativquartier“ beschert wird.

MAINZ

Kein Platz für Wunschkonzerte

Von Markus Schug



Auch wenn der Standort nun wohl auf Dauer gesichert ist, wird das von Grund auf zu erneuern- de Mainzer Kulturzentrum, das spätestens von 2016 an als überarbeitetes „Kuz 2.0“ den Betrieb aufnehmen soll, kein Selbstläufer werden. Denn die Konkurrenz ist groß, zumal im Rhein-Main-Gebiet: Nachtschwärmer, Kunst- und Kulturinteressierte vergnügen sich ebenso gut in kleinen Clubs, beim Besuch freier Theaterbühnen, auf Kreativmessen und an den Konzertadressen Phoenixhalle und Schlachthof. Mit einem „Kessel Buntes“ – und daran erinnert das zur beabsichtigten Neuausrichtung von den Freunden und Förderern des Kuz vorgelegte Diskussionspapier – lässt sich der Wettbewerb mit anderen Anbietern schwerlich gewinnen. Es braucht vielmehr ein klares Profil, ein gutes Programm und eine kompetente Geschäftsführung.

Schließlich will die Stadt jene Millionen Euro irgendwann zurückbekommen, die sie jetzt notgedrungen in die Ertüchtigung des lange vernachlässigten Kulturzentrums stecken muss. Für Wunschkonzerte wird an der Dagobertstraße also auch künftig kein Raum sein. So schön es wäre, wenn dort freie Initiativen und nicht profitorientierte Gruppen gleichfalls eine Plattform fänden. Zuerst einmal sollte es darum gehen, ein wirtschaftlich solides Gerüst für den Weiterbetrieb aufzustellen: also etwa die Frage nach der passenden Gastronomie zu beantworten; aber auch zu klären, ob es in dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude, so wie früher, wieder mehr Konzerte namhafter Musiker geben soll oder ob man, wie zuletzt, vorwiegend auf das Geschäft mit Party-Gängern setzen möchte.

So oder so dürfte es genügend Mitbewerber geben – dazu zählt etwa der von der Stadt Wiesbaden mit rund zehn Millionen Euro deutlich aufgewertete Schlachthof. Allein diese Summe verdeutlicht, dass die in Mainz gehandelte Million sicher nicht reichen wird, um aus der alten und abgewirtschafteten Garnisons-Waschanstalt wieder eine Top-Kulturadresse zu machen.

mch. RHEIN-MAIN. Ob an der Autobahn 66 in Hattersheim ein Bau- und Gartenmarkt der Firma Bauhaus gebaut wird, wie es sich die Stadt und SPD-Bürgermeisterin Antje Köster wünschen, ist weiter ungewiss. Die CDU-Fraktion hat gestern im Haupt- und Planungsausschuss der Regionalversammlung den Antrag gestellt, den Markt zuzulassen, allerdings nur noch mit einer Verkaufsfläche von 7500 Quadratmetern. Das sei eine angemessene Größe für ein Mittelzentrum wie Hattersheim. Bauhaus selbst hatte sich rund 18 000 Quadratmeter Verkaufsfläche gewünscht, darin enthalten ist ein sogenannter Baustoff-Drive-In für Handwerker, der allein 5000 Quadratmeter Verkaufsfläche umfasst.

Hintergrund des Änderungsantrags ist, dass die CDU-Fraktion keine einheitliche Position zu dem Baumarkt hat. Es gebe „unterschiedlichste Interessen“, gestand gestern der Kelkheimer Bürgermeister Thomas Horn zu, das sei für die CDU „keine einfache Diskussion“.

Die Festlegung der CDU-Fraktion in der Regionalversammlung ist insofern von Bedeutung, als die rot-grüne Mehrheit in

dem Gremium völlig divergierende Positionen vertritt: Die SPD befürwortet den Bau des Marktes, auch um der unter dem Rettungsschirm stehenden Stadt Hattersheim die einträgliche Möglichkeit zu bieten, ihre Flächen zu veräußern. Natürlich will die SPD auch die sozialdemokratische Bürgermeisterin unterstützen.

Die Grünen lehnen das Vorhaben hingegen ab, da der Standort im regionalen Einzelhandelskonzept nicht für großflächigen Einzelhandel vorgesehen ist. Darüber hinaus hatte die für solche Projekte erforderliche Untersuchung ergeben, dass der Bauhaus-Markt seine Umsätze ausschließlich dadurch erzielen werde, dass er Kunden von anderen Baumärkten abwerbe. „Unser Aufgabe ist es aber nicht, Umverteilung zu organisieren“, hatte die Erste Beigeordnete des Regionalverbands, Birgit Simon

von den Grünen, kürzlich geäußert. Bleibt die Frage, ob sich in der Regionalversammlung eine schwarz-grüne Mehrheit für den CDU-Antrag findet, um zumindest einen kleineren Bauhaus-Markt zuzulassen. Andernfalls könnte das gesamte Vorhaben scheitern. Ob das grundlegende Konsequenzen für die Zusammenarbeit von SPD und Grünen in der Region haben könnte, ist derzeit spekulativ. Vorerst will man weiter beraten.

Bürgermeister Horn begründete den CDU-Antrag damit, dass seine Fraktion Wettbewerb wolle, aber einen fairen. Die Baumärkte in den Nachbarstädten hätten in der Regel eine Verkaufsfläche von rund 7000 Quadratmetern. Nur in den Oberzentren wie Frankfurt und Wiesbaden gebe es größere Baumärkte. Es dürfe durch Bauhaus „keine Unwucht“ entstehen.